

DIW@school

AUSGABE 1/2005

ERSCHEINT ZWEIMAL JÄHRLICH
www.diw.de/atschool

Was ist DIW@ school?

DIW@school ist eine Publikation des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), erscheint zweimal jährlich und wird den Schulen kostenlos als PDF-Datei zur Verfügung gestellt.

DIW@school liefert Unterrichtsmaterial über die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik. Alle Beiträge stammen von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen des DIW Berlin.

Für wen ist DIW@school?

DIW@school richtet sich an Schüler und Lehrer des Fachs Wirtschaftskunde in allgemeinbildenden und berufsbegleitenden Schulen.

Das DIW Berlin

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung.

Wir glauben, dass viele aktuelle Probleme mit Hilfe der ökonomischen Forschung besser verstanden werden können. Meistens schreiben wir darüber so, dass uns nur Fachkollegen verstehen. Was von Ökonomen untersucht und der Politik vorgeschlagen wird, geht aber alle an - gerade auch Schüler, die in Zukunft besonders betroffen sind, wenn heute in der Wirtschaft etwas schief läuft.

Impressum

Herausgeber: DIW Berlin

Redaktion: Björn Frank

Dörte Höppner

Antje Knopp

Königin-Luise-Straße 5

14195 Berlin

<http://www.diw.de/atschool>

Mailto: school@diw.de

Inhalt

Wie funktioniert eigentlich...?

...Statistik	2
--------------	---

Deutschland in Zahlen

Eckdaten der Konjunkturprognose für Deutschland	5
---	---

Forschung in Kürze

Nachhilfe: Erfolgsrezept für die Reichen?	6
---	---

Jeder zehnte Gymnasiast lernt zeitweise im Ausland	8
--	---

An outside view on the German economy

Shopping in Berlin and in Podgorica	10
-------------------------------------	----

Einkaufen in Berlin und in Podgorica	12
--------------------------------------	----

Schwerpunktthema im Hintergrund

Arbeitslosigkeit	14
------------------	----

1. Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland	14
--	----

2. Wer ist von Arbeitslosigkeit betroffen?	14
--	----

3. Warum gibt es Arbeitslosigkeit?	17
------------------------------------	----

4. Was kann man gegen Arbeitslosigkeit tun?	17
---	----

Technischer Fortschritt und technologische Arbeitslosigkeit	20
---	----

Forschung im Original

Dauer der Arbeitszeiten	21
-------------------------	----

Wie funktioniert eigentlich...?

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIW Berlin erklären die Ökonomie

... Statistik

von Gert G. Wagner

Professor Gert G. Wagner ist Forschungsdirektor und leitet eine der weltweit größten Längsschnitterhebungen – das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) – am DIW Berlin (www.diw.de/soep). Wagner ist auch Vorsitzender des „Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten“, Mitglied im Statistischen Beirat und im Wissenschaftsrat.

Um Mitglied der Europäischen Währungsunion werden zu können, hat die griechische Regierung offenbar Daten über das wirtschaftliche Geschehen ihres Landes manipuliert. Innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurde das Defizit des Staatshaushalts im Jahr 2000 und danach systematisch zu niedrig ausgewiesen.

Italien steht unter demselben Verdacht. Viele Beobachter wird das nicht wundern, denn für

sie gilt der Churchill-Spruch „Ich glaube nur an die Statistik, die ich selbst gefälscht habe“. Das Zitat stammt zwar nicht von Churchill, sondern wurde ihm von Joseph Goebbels in den Mund geschoben. Der Ausspruch lebt aber weiter, weil fast alle statistischen Ämter von Regierungen abhängig sind. Griechenlands Manipulationen gießen Wasser auf die Mühlen dieses Misstrauens. Und viele trauen selbst der amtlichen Statistik in

Euro-Stabilitätskriterien: Griechenland und Italien im Visier



Karikatur: Götz Wiedenroth

Deutschland nicht so recht über den Weg. Dafür gibt es allerdings keinen Grund, da sie in nahezu einmaliger Weise unabhängig ist. Früher war das auch in Deutschland anders – statistische Erhebungen sind entstanden, weil Fürsten ihre Staaten besser kontrollieren wollten. Statistiken wurden als Herrschaftswissen genutzt und entsprechend oft auch manipuliert. Mehr als zwei Jahrhunderte lang waren statistische Erhebungen und Veröffentlichungen weitgehend ein staatliches Monopol. Das hat sich geändert. Heute schauen die Öffentlichkeit und Wissenschaftler den staatlichen Statistikämtern kritisch und immer erfolgreicher auf die Finger. Der Statistikschwindel der Griechen wäre mit ein bisschen Sachkenntnis erkennbar gewesen. Aber die EU-Kommission hatte daran offenbar kein Interesse. Das eigentliche Problem mit Statistiken liegt auch bei der Politik, nicht bei den statistischen Ämtern.

Statistiken fallen ja nicht vom Himmel oder werden im Geheimen von Ministerialbeamten gemacht. Sie basieren auf Angaben einzelner Personen oder Firmen. Aber in allen demokratischen Ländern sind statistische Ämter als eigene Behörden organisiert. Einige sind weisungsgebunden. So ist auch das statistische Amt der EU, Eurostat, gegenüber der Europäischen Kommission weisungsgebunden. Andere sind nahezu so unabhängig organisiert wie die Bundesbank oder die Europäische Zentralbank, beispielsweise das Statistische Bundesamt.

Das Rohmaterial für Statistiken fällt zum Teil nebenbei an. Angaben, die Personen oder Firmen für Verwaltungszwecke machen (z.B. für die Renten- und Krankenversicherung), werden in statische Einzeldaten transformiert, die dann zu Tabellen aggregiert wer-

den. Die Einzeldaten sind anonymisiert, es ist also nicht möglich, etwas über bestimmte Leute herauszufinden. Diese Daten können in Deutschland auch von unabhängigen Wissenschaftlern in Universitäten und Forschungsinstituten genutzt werden. Hier kann sich kein Minister leisten, Ergebnisse zu fälschen.

Die meisten Statistiken basieren zudem auf speziellen Erhebungen. Fast jeder hat schon Erfahrungen mit Telefoninterviews gemacht. Das ist tatsächlich eine Methode, um statistisches Rohmaterial zu erheben. Wenn eine Telefonumfrage seriös gemacht wird, ist die Qualität sogar sehr gut, da die Interviewer in zentralisierten „Telefonstudios“ sitzen, wo sie ständig von Supervisoren kontrolliert werden. Die meisten statistischen Erhebungen, insbesondere der amtlichen Statistik, basieren aber auf schriftlichen Meldungen, so insbesondere durch Firmen und Behörden, oder auf „Face-to-Face“-Interviews, also einer Erhebung, bei der ein Interviewer zu den Auskunftspersonen kommt, z. B. in Privathaushalte.

Sowohl bei schriftlichen Erhebungen als auch F2F spielt der technische Fortschritt — der wiederum Manipulationen erschwert — eine große Rolle. Schriftliche Statistikangaben werden zunehmend über das Internet an die statistischen Ämter gemeldet. Künftig werden die Statistik-Kennziffern einzelner Betriebe von der Standard-Buchhaltungssoftware automatisch erzeugt. Außerdem ist es heutzutage möglich, dass statistische Erhebungen auch von Wissenschaftlern/-innen selbst und von kommerziellen Firmen durchgeführt werden. Das nennt man dann „nicht-amtliche Statistik“. Die amtlichen und nicht-amtlichen Statistiken kontrollieren und stützen sich gegenseitig.

Selbst Studierende — und auch interessierte Schülerinnen und Schüler — können heutzutage aus dem statistischen Rohmaterial, den anonymisierten Mikrodaten, eigene Tabellen erstellen und amtliche Ergebnisse der Bevölkerungs- und Erwerbsstatistik nachrechnen. Anonyme Einzeldaten aus der jährlichen Großerhebung des Mikrozensus, die ein Prozent aller in Deutschland lebenden Menschen statistisch erfasst, kann man kostenlos im Internet herunterladen und selbst auswerten.

(<http://www.destatis.de/fdz/leistungen/campusfiles.htm>)

Wettbewerb zwischen amtlicher und nicht-amtlicher Statistik ist nützlich; gleichwohl kann auch die amtliche Statistik möglichst staatsfern ausgestaltet werden. Die statistischen Ämter in Deutschland sind in international vorbildlicher Weise unabhängig. Allerdings werden die Budgets der Ämter von den Innenministerien oder Staatskanzleien aufgestellt. Darunter leidet gelegentlich die Qualität der Erhebungen – erst recht, wenn als Beitrag zum „Bürokratie-Abbau“ Befragungen gestrichen werden. Resultat: Derzeit werden große Blöcke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nach wie vor geschätzt, statt dass sie auf erhobenen Fakten beruhen. Die statistischen Ämter haben das zwar längst erkannt – und inzwischen auch der Gesetzgeber –,

aber bei Verteilungskämpfen um Budgets innerhalb der Ministerien ist Abhilfe nur schwer umzusetzen. Deswegen muss die VGR auch in Deutschland mehrmals revidiert werden, bis endgültige Zahlen vorliegen können.

Um das Misstrauen in die Statistik abzubauen, und um die Aktualität der Erhebungen zu sichern, gebührt der amtlichen Statistik – und ganz besonders auch Eurostat – ein unabhängiger Status wie der Bundesbank bzw. der Europäischen Zentralbank. Außerdem sollten nicht-amtliche Erhebungen besser genutzt werden.

In vielen Regierungsberichten – wie beispielsweise dem in diesem Jahr erscheinenden Armuts- und Reichtumsbericht, dem Familienbericht sowie dem Kinder- und Jugendbericht – werden inzwischen nicht-amtliche Daten verarbeitet. Ein Beispiel hierfür ist das vom DIW Berlin erhobene Sozio-oekonomische Panel (SOEP, vgl. dazu die beiden folgenden Beiträge in dieser Ausgabe von DIW@school).

Die Bedeutung von empirischen Fakten, also von Statistiken, unterstrich übrigens Winston Churchill – und diesmal ist das Zitat echt. Als pragmatischer Brite forderte er: "You must look at the facts because they look at you".

Deutschland in Zahlen

▀ Aktuelle Tabellen aus Publikationen des DIW Berlin

Eckdaten der Konjunkturprognose für Deutschland

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	0,1	-0,1	1,8	1,8	2,0
Westdeutschland	1,0	0,1	-0,2	1,8	1,8	2,0
Ostdeutschland (ohne Berlin)	-0,2	0,1	0,2	1,2	1,4	1,5
Erwerbstätige ² (1000 Personen)	38923	38696	38316	38370	38586	38906
Arbeitslose (1 000 Personen)	3853	4060	4377	4383	4375	4003
Arbeitslosenquote ³ (in %)	9,0	9,5	10,3	10,3	10,2	9,3
Erwerbslose ⁴ (1 000 Personen)	3109	3438	3838	3925	3924	3552
Erwerbslosenquote ⁵ (in %)	7,4	8,2	9,1	9,3	9,2	8,4
Verbraucherpreise ⁶ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,0	1,4	1,0	1,6	1,6	1,4
Lohnstückkosten ⁷ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,3	0,8	0,7	-1,4	-0,7	-0,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁸ in Mrd. Euro	-58,6	-77,5	-81,3	-82,7	-69,5	-58,2
in % des Bruttoinlandsprodukts	-2,8	-3,7	-3,8	-3,8	-3,1	-2,5

1 In Preisen von 1995.

2 Im Inland (Jahresdurchschnitt aus den Quartalsdaten).

3 Arbeitslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

4 Entsprechend der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

5 Erwerbslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

6 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation

zur Arbeitsproduktivität

(Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätiger).

8 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank und Berechnungen des DIW Berlin; 2004 bis 2006: Schätzung und Prognose des DIW Berlin.

Prognose für 2005 und 2006

**Quelle: Wochenbericht des DIW Berlin 1-2/2005:
Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2005/2006**

UP AND DOWN

© HORSCH



Karikatur: Wolfgang Horsch

Forschung in Kürze

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIW Berlin nehmen Stellung zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen

Nachhilfe: Erfolgsrezept für die Reichen?

Von Thorsten Schneider

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung "Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel" des DIW Berlin, wo er für den Bereich Jugendforschung zuständig ist.

Nachhilfe verbessert die schulischen Leistungen - so lautet das Ergebnis mehrerer Studien. Für diese Förderung müssen die Eltern aber selbst zahlen. Daher liegt die Frage nahe, ob Kinder aus finanziell besser gestellten Familien öfter Nachhilfe erhalten und somit auch größere Chancen haben, ihren angestrebten Schulabschluss zu erreichen. Hierüber wusste man bisher viel zu wenig. Daher wurde die Nachhilfe mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht.

Das SOEP ist eine repräsentative, jährlich sich wiederholende Befragung von über 12.000 privaten Haushalten in Deutschland, bei der das DIW Berlin zusammen mit Infratest Sozialforschung jedes Haushaltsmitglied ab 17 Jahren befragt (www.diw.de/soep). Gestellt werden Fragen zu Einkommen, Familie, Wohnsituation, Zeitverwendung und zur Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Lebens.

Seit dem Jahr 2000 beantworten 17-Jährige auch den Jugendfragebogen zu Themen wie Beziehungen zu den Eltern, Freizeitaktivitäten, schulische Ereignisse, Leistungsindikatoren und Persönlichkeitsmerkmale. Die hier darge-

stellte Auswertung bezieht sich auf 1.266 Jugendliche, die den Fragebogen in den Jahren 2000 bis 2003 beantwortet haben. Unter anderem wurde gefragt: "Haben Sie irgendwann einmal bezahlten Nachhilfeunterricht bekommen?"

Die Antworten zeigen, dass in den letzten Jahren jeder vierte Jugendliche in Deutschland bis zum Alter von 17 Jahren bereits einmal Nachhilfe erhalten hat. Aber nicht für alle angestrebten Schulabschlüsse ist die Nachhilfe gleich weit verbreitet. Die folgende Tabelle zeigt, dass Nachhilfe in Westdeutschland insbesondere unter Realschülern und Gymnasialisten stark verbreitet ist. Von ihnen hatten 33 bzw. 37% schon einmal Nachhilfestunden. Von den Hauptschülern hatte hingegen nur rund jeder achte einmal Nachhilfeunterricht.

Nachhilfequoten nach angestrebtem (bzw. erreichtem) Schulabschluss; Angaben in %

	Gesamt-D	West-D	Ost-D
max. Haupt-Schulabschluss	14	12	24
mittlere Reife	29	33	19
(Fach-)Abitur	30	37	11
insgesamt	27	31	15

Quelle: DIW Berlin

Dies ist plausibel, denn je höher der angestrebte Schulabschluss ist, desto höher ist der damit erzielbare "Bildungsertrag". Was ist dieser "Ertrag"? Die Hoffnung der Eltern ist es, dass ihr Kind einen gut bezahlten Beruf ausüben kann, wenn es einen sehr guten Schulabschluss macht. Tatsächlich zeigt die Arbeitsmarktforschung, dass Höherqualifizierte seltener arbeitslos sind, höhere Stundenlöhne haben und mit ihrer Arbeitsstelle zufriedener sind. Daher "lohnt" sich Nachhilfe umso eher, je höher das Bildungsziel ist.

Ganz anders als in Westdeutschland sind allerdings die in den neuen Ländern beobachteten Nachhilfequoten. Hier erhalten Gymnasiasten wie auch Realschüler deutlich seltener Nachhilfe. Dies ist überraschend, denn die schlechten Perspektiven auf dem ostdeutschen Lehrstellen- und Arbeitsmarkt ließen vermuten, dass die Konkurrenz um möglichst gute Schulabschlüsse hier besonders ausgeprägt und Nachhilfe ein Mittel zur besseren Platzierung ist. Eine Erklärung für die insgesamt niedrigeren Nachhilfequoten könnte in der ostdeutschen Vergangenheit liegen. Private Nachhilfe

war zu DDR-Zeiten unüblich, unter anderem deshalb, weil leistungsstarke Schüler den schwächeren in sogenannten Lernpatenschaften halfen und die Gefahr des Sitzenbleibens in der DDR äußerst gering war. Somit haben die heutigen Eltern wie auch ihre damaligen Freunde zu Schulzeiten keine privat bezahlte Nachhilfe erhalten. Folglich sind sie mit dieser Form der Bildungsinvestition nicht vertraut und fragen sie auch nicht für ihre Kinder nach. Die Daten zeigen, dass auch das Einkommen der Eltern eine wichtige Rolle spielt, ob Schüler Nachhilfe erhalten oder nicht. Das ist auch plausibel: Je besser die finanzielle Lage der Eltern, desto eher können sie sich den Nachhilfeunterricht für ihre Kinder leisten. Und falls der nichts bringt, oder falls die "Erträge" lange auf sich warten lassen, können sie das leichter verschmerzen.

Da Schüler öfter Nachhilfe bekommen, je höher das Einkommen ihrer Eltern ist, und da Nachhilfe die Chancen erhöht, im Bildungssystem erfolgreich zu sein, lautet der Schluss: Das Einkommen der Eltern wirkt sich spürbar auf die Schullaufbahn aus.

Fragen zur Vertiefung

- ✓ Die Analyse hat auch gezeigt, dass Schüler mit älteren Geschwistern weniger bezahlte Nachhilfe bekommen. Welche Gründe könnte es hierfür geben?
- ✓ Ein weiterer Blick auf die Daten zeigt, dass dieser Zusammenhang auch dann gilt, wenn die Geschwister jünger sind. Warum brauchen Schüler mit mehr Geschwistern weniger bezahlte Nachhilfe?
- ✓ Eine mögliche Forderung, die sich aus Ergebnissen dieser Studie ableiten ließe, ist die verstärkte Einführung von Ganztagschulen mit Hausaufgabenbetreuung für *alle* Schüler. Der Autor der Untersuchung bezweifelt aber, dass dies die Nachhilfe verdrängen würde. Argumente hierfür stehen in seiner ausführlichen Darstellung der Forschungsarbeit, lesen Sie sie dort auf S.24 nach. Teilen Sie seine Einschätzung? ("Nachhilfe als Strategie zur Verwirklichung von Bildungszielen. Eine empirische Untersuchung mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)", <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere/docs/papers/dp447.pdf>).

Jeder zehnte Gymnasiast lernt zeitweise im Ausland Chance zum Schüleraustausch hängt oft von sozialer Herkunft ab

Von Charlotte Büchner

Die Autorin forscht in der Abteilung "Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel" des DIW Berlin zu den Themen Kinder- und Jugendforschung sowie Familiensoziologie.

Es ist wahrscheinlich eine lohnende Investition in die eigenen Fähigkeiten: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW Berlin) hat herausgefunden, dass mittlerweile jeder zehnte deutsche Gymnasiast in seiner Schulzeit für eine längere Zeit ins Ausland geht. So ein Auslandsaufenthalt bringt viel: Man lernt fließend eine Fremdsprache, was in einer globalisierten Welt bei späteren Bewerbungen außerordentlich nützlich ist. Darüber hinaus kann man nur so die Kultur eines anderen Landes wirklich erfahren und lernen, sich dort zurechtzufinden.

Bislang wurde noch nie umfassend untersucht, wie viele und welche Jugendlichen die Chance eines Auslandsaufenthaltes während ihrer Schulzeit nutzen. Erstmals erlaubt das vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest-Sozialforschung erhobene Sozioökonomische Panel (SOEP) eine derartige Analyse.

Dabei stellt sich heraus, dass knapp vier Prozent der deutschen Jugendlichen bis 17 Jahre schon einmal eine Schule im Ausland besucht haben - die meisten von ihnen maximal bis zu einem Jahr. Der Anteil an Gymnasiasten unter ihnen ist mit 83 Prozent ausgesprochen hoch. Betrachtet man nur Schüler von Gymnasien, geht etwa jeder zehnte von ihnen ins Ausland, während andere Schüler die Chance hierzu nur selten erhalten oder selten ergreifen.

Gymnasiasten mit Auslandserfahrung hatten im Vergleich zu ihren Mitschülern im Durchschnitt bessere Noten in der ersten Fremdsprache, waren häufiger sportlich aktiv und jobbten öfter neben der Schule.

Von den ausländischen Jugendlichen und Kindern von Aussiedlern hat nahezu jeder dritte einen Teil der Schulzeit im Ausland verbracht. Ein organisierter Austausch dürfte hier nur eine geringfügige Rolle spielen, da offenbar der Großteil von ihnen bereits vor der Migration nach Deutschland im Heimatland zur Schule gegangen ist: Fast 90 Prozent dieser Jugendlichen sind erst in die zweite beziehungsweise in eine höhere Klassenstufe in Deutschland eingeschult worden.

Ein organisierter Auslandsaufenthalt kostet viel und wird meist von den Familien der Jugendlichen bezahlt. Im Vergleich zu anderen deutschen Haushalten verfügen diejenigen Familien, in denen die Kinder im Ausland waren, tatsächlich über höhere Einkommen. Die Entscheidung über einen Auslandsaufenthalt hängt aber auch ganz deutlich davon ab, welche Bildung die Eltern haben, wobei Mütter mit Abitur bzw. mit Hochschulabschluss ihre Kinder besonders häufig dazu ermutigen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Auslandsaufenthalte von Jugendlichen inzwischen ein Merkmal sind, das über künftige

Karriere- und Lebenschancen mitentscheiden dürfte, das aber zugleich sozial sehr ungleich verteilt ist. Es sollte eine Aufgabe der Familien- und Schulpolitik werden, näher zu prüfen, wie längere Auslandsaufenthalte von Schülern auf ihren Lebensweg wirken und wie Aus-

landsaufenthalte gegebenenfalls stärker unabhängig von der sozialen Lage des Elternhauses ermöglicht werden können.

Fragen zur Vertiefung

- ✓ Auslandsaufenthalte werden besonders von solchen Kindern wahrgenommen, deren Eltern höhere Bildungsabschlüsse und höhere Einkommen haben. Kann man daraus schließen, dass Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern eher ins Ausland gingen, wenn es spezielle Förderungsmöglichkeiten gäbe?
- ✓ Ein Großteil der hier untersuchten Jugendlichen mit Migrationshintergrund entstammt den Staaten des ehemaligen Ostblocks, der Türkei und Ex-Jugoslawien. Aus den Ergebnissen wird geschlossen, dass die meisten dieser Schüler ihre Auslandserfahrung im ehemaligen Heimatland gesammelt haben. Sind die dort angeeigneten Sprachkenntnisse und Erfahrungen mit den Sprachkenntnissen und Erfahrungen eines organisierten (einjährigen) Austauschs vergleichbar? Bewerten Sie dies auch u.a. im Zusammenhang mit den künftigen Berufschancen der Jugendlichen.

Wir freuen uns über Leserpost!

DIW @ school

Mit Fragen, Kritik und Anregungen wenden Sie sich bitte an:

school@diw.de

An outside view on the German economy

▤ Ausländische Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler im DIW Berlin schreiben über Deutschland (englischer Text mit deutscher Übersetzung)

Shopping in Berlin and in Podgorica

The Future of German Trade Relations With South-Eastern Europe
from a Daily Life Point of View

By Nina Labovic

Die Autorin ist Wirtschaftswissenschaftlerin am Institute for Strategic Studies and Prognoses in Podgorica, Montenegro. Von September bis Dezember 2004 forschte sie als Stipendiatin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) am DIW Berlin zu den Handelsbeziehungen von Südosteuropa und Deutschland.

During my stay in Germany, my research focused on trade integration issues and my main interest was examining how the South-Eastern European countries will develop their future trade relations with one of the world's greatest exporters - Germany. More specifically, will the consumers in Serbia and Montenegro - a state union with 10.8 million inhabitants - have more choices and possibilities to enjoy buying reasonably priced high-quality products from Germany? Will the consumers in Germany have the opportunity to buy some specific products made in Serbia and Montenegro?

When I came from Montenegro's capital Podgorica, my hometown, to Berlin, the first thing I noticed in the streets were the brand new Volkswagens, Opels, Audis, BMWs and Mercedes, which is quite normal since these are German-produced cars and the citizens of this country can afford to buy them. However, the same brand names of cars are also the most frequently seen in the streets of my

hometown. Many of these are second hand cars but many of them are new cars and the latest models. People in Montenegro have continued their tradition of buying German cars even during the last decade when the living standard in Montenegro was very low and when the car smuggling business was quite usual. Such a behaviour in transition countries sometimes shows the importance attached to "brand names" (that is to say snobbery) but there is also a real demand for the use of these products.

Reasonably priced high-quality products from Germany were available in the former Yugoslavia until the end of the 1980s. I still remember when my father bought a new Volkswagen Passat made in Germany in 1989. He drove that car for 12 years. In line with my family tradition of buying high quality cars, I also own one that is produced in Germany (Opel Corsa) and I am very satisfied with it. There are many other highly demanded products made by German producers, such as

Stihl, Siemens, Nivea, Dove and others, which are widely bought and used in my country. Obviously, some kinds of products like vehicles, technical equipment, chemical products and some foods from Germany are very important for consumers in Serbia and Montenegro and they are rather well supplied. On the other hand, many products in the category of clothes, furniture and lots of different foods are not readily available, which means that I do not have the same choice for buying German or equivalent products in my hometown, especially clothing and food products. I cannot buy specialities like the famous German cheesecake that I am really fond of and which I miss in Montenegro. Another point is that some German products are still too expensive in Serbia and Montenegro because there is not enough competition. An example is that I would have to look through many stores in Montenegro in order to buy the famous "Lübecker Marzipan" covered with plain chocolate - if I find it at all, then at a very high price. All this makes me wonder why nobody in my town has come up with the idea to improve his or her business and competitive position by importing these and many other German goods for which there is an obvious demand.

However, I am facing similar difficulties here, as some products made in Serbia and Montenegro or South-Europe are rarely found in Germany. Actually, during my stay in Berlin, I searched several times for fresh kidney beans and fresh figs in the fruit and vegetable sections of large supermarkets but I could not find them. I finally managed to buy some of these products in a small shop in Berlin and the price was much higher than in my home country. Therefore I do not buy fresh kidney

beans for my soup very often but peas or green beans. But not everything can be substituted. I cannot imagine my life without the strong black Greek coffee that keeps my eyes open in the morning and I am happy again since a friend from Montenegro visited me in Berlin and brought some of my favourite coffee along. No other coffee makes the magic work - there would be a demand for this coffee if only there was a supply. German retailers have really missed an opportunity here, just like in the case of Montenegrin high-quality red wine which is well sold in Italy and the USA, but not in Germany.

In Germany and in the EU there are many citizens from the countries of South-Eastern Europe and there is definitely a demand from them and from others for specific products made in these countries. In 2003, however, German imports from Serbia and Montenegro amounted to no more than € 256.6 million (or 9.3% of Serbia and Montenegro's exports), while German exports to Serbia and Montenegro amounted to € 934.4 million (or 0.14% of Germany's total exports of goods). All these numbers will probably increase in the future.

If the political and economic reforms in Serbia and Montenegro succeed and the legal framework becomes more similar to that of the EU, its trade with Germany and the rest of the EU-24 countries will flourish. The trade balance deficit - the difference between Serbia and Montenegro's imports from and exports to Germany - will be considerably reduced if the efficiency of our economy improves and its international competitiveness increases. The consumers in our country will benefit in enjoying a better supply of reasonably priced high-quality products from EU.

Einkaufen in Berlin und in Podgorica

Die Zukunft der deutschen Handelsbeziehungen mit Südosteuropa aus der Alltagsperspektive betrachtet

Von Nina Labovic

Während meines Aufenthalts in Deutschland lag der Schwerpunkt meiner Forschung auf Fragen der Integration des Handels. Mein Hauptinteresse lag darin, zu untersuchen, wie die südosteuropäischen Länder ihre zukünftigen Handelsbeziehungen mit Deutschland, einem der größten Exporteure der Welt, gestalten. Um es genauer auszudrücken: Werden Konsumenten in Serbien und Montenegro – ein Staatenbund mit 10,8 Millionen Einwohnern – in Zukunft mehr Chancen und Gelegenheiten haben, qualitativ hochwertige Produkte aus Deutschland zu angemessenen Preisen zu erwerben? Und werden Konsumenten in Deutschland die Möglichkeit haben, bestimmte Erzeugnisse aus Serbien und Montenegro zu kaufen?

Als ich von Podgorica – Hauptstadt Montenegros und zugleich meine Heimatstadt - nach Berlin kam, fielen mir in den Straßen als Erstes die neuen Volkswagen-Modelle, die Opel, Audis, BMWs und Mercedes` auf. Das ist eigentlich ganz normal, denn hier handelt es sich um deutsche Autos und deutsche Bürger, die es sich leisten können, sie zu kaufen. Andererseits sieht man dieselben Automarken auch am häufigsten in den Straßen meiner Heimatstadt. Viele dieser Autos sind Gebrauchtwagen, aber man begegnet auch vielen Neuwagen und den neuesten Modellen. Die Menschen in Montenegro kaufen traditionell deutsche Autos; sie haben diese Tradition sogar während der letzten Dekade gepflegt – in einer Zeit, in der der Lebensstandard in Montenegro sehr niedrig und der Schmuggel

mit Autos üblich war. Ein solches Verhalten in Ländern, die Transformationsprozesse durchlaufen, zeigt manchmal die Bedeutung, die Markennamen anhaftet (in Wirklichkeit ist das natürlich versnobt), aber es gibt auch eine echte Nachfrage nach diesen Produkten.

Deutsche Qualitätserzeugnisse zu angemessenen Preisen waren im ehemaligen Jugoslawien bis Ende der 1980er Jahre erhältlich. Ich kann mich noch daran erinnern, als mein Vater 1989 einen neuen Volkswagen Passat – made in Germany - kaufte. Er fuhr das Auto 12 Jahre lang. In unserer Familie ist es Tradition, Autos von guter Qualität zu kaufen. Ich besitze deshalb auch ein deutsches Auto (Opel Corsa) und bin mit dem Wagen sehr zufrieden. Es gibt viele andere stark nachgefragte deutsche Produkte wie z. B. Artikel von Stihl, Siemens, Nivea und Dove, die in meinem Heimatland häufig gekauft und konsumiert werden. Offenbar sind einige deutsche Erzeugnisse wie Fahrzeuge, technische Geräte, chemische Produkte und einzelne Lebensmittel bei Konsumenten in Serbien und Montenegro sehr begehrt und werden deshalb vielerorts angeboten. Andererseits gibt es zahlreiche Waren wie Bekleidung, Möbel und viele Lebensmittel, die nur schwer erhältlich sind. In meiner Heimatstadt habe ich nicht dieselbe Auswahl an deutschen oder ähnlichen Gütern wie hier, dies gilt besonders für Bekleidung und Lebensmittel. Ich kann dort keine Spezialitäten wie z. B. den berühmten deutschen Käsekuchen kaufen, den ich sehr mag und in Montenegro vermisse. Ein anderer Aspekt ist, dass

einige deutsche Artikel aus Mangel an Wettbewerb in Serbien und Montenegro immer noch zu teuer sind. Beispielsweise müsste ich in Montenegro in zahlreichen Geschäften suchen, um das bekannte Lübecker Marzipan mit einem einfachen Schokoladenüberzug zu finden. Wenn ich es überhaupt ausfindig machen könnte, würde es wahrscheinlich zu einem sehr hohen Preis angeboten. Angesichts dessen wundert es mich, dass in meiner Heimatstadt noch niemand auf die Idee gekommen ist, diese und andere deutsche Erzeugnisse zu importieren, für die es offensichtlich eine Nachfrage gibt, um auf diese Weise Geschäfte zu machen und die eigene Wettbewerbsposition auf dem Markt zu stärken.

Andererseits treffe ich hier auf ähnliche Probleme, da manche Produkte aus Serbien, Montenegro und Südeuropa in Deutschland kaum geführt werden. Seitdem ich in Berlin bin, habe ich mich bereits mehrmals in den Obst- und Gemüseabteilungen großer Supermärkte erfolglos auf die Suche nach frischen Kidney-Bohnen und frischen Feigen begeben. Schließlich gelang es mir, ein paar dieser Artikel in einem kleinen Laden in Berlin aufzutreiben und zu erwerben, allerdings zu einem sehr viel höheren Preis als in meinem Heimatland. Deshalb leiste ich mir nicht sehr oft frische Kidney-Bohnen für meine Suppe, sondern nehme statt dessen Erbsen und grüne Bohnen. Man kann aber nicht alles ersetzen. Ein Leben ohne den starken schwarzen griechischen Kaffee, der meine Augen morgens offen hält, kann ich mir nicht vorstellen. Und seitdem mich ein Freund aus Montenegro in Berlin besucht und mir ein Päckchen meines Lieblingskaffees mitgebracht hat, bin ich wieder glücklich. Kein anderer Kaffee kann dieses Wunder bewirken. Es würde eine Nachfrage nach die-

sem Kaffee geben, wenn er nur angeboten würde. Die deutschen Einzelhändler haben hier wirklich eine Chance verpasst. Das gilt auch für den roten Qualitätswein aus Montenegro, der in Italien und den USA gut verkauft, in Deutschland jedoch nicht angeboten wird.

In Deutschland und in der Europäischen Union leben viele Bürger aus Südosteuropa, und es gibt mit Sicherheit eine Nachfrage von ihnen und anderen Konsumenten nach bestimmten Waren aus diesen Ländern. Immerhin belief sich im Jahre 2003 der Import Deutschlands aus Serbien und Montenegro auf mehr als 256,6 Millionen Euro (das sind 9,3 % des Exports von Serbien und Montenegro). Dagegen exportierte Deutschland nach Serbien und Montenegro Waren im Wert von 934,4 Millionen Euro (das sind 0,14 % des gesamten Exports Deutschlands). Diese Zahlen werden sich wahrscheinlich in Zukunft erhöhen.

Wenn die politischen und ökonomischen Reformen in Serbien und Montenegro Erfolge zeigen und der rechtliche Rahmen stärker dem der Europäischen Union ähnelt, wird der Handel mit Deutschland und dem Rest der 24 EU-Länder florieren. Das Handelsdefizit – der Unterschied zwischen Serbiens und Montenegros Importen von und Exporten nach Deutschland – wird sich erheblich verringern, sobald sich die Effizienz unserer Wirtschaft verbessert und sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Die Konsumenten in meinem Heimatland werden davon profitieren, indem sie sich einer besseren Versorgung mit europäischen Qualitätsprodukten zu angemessenen Preisen erfreuen.

Übersetzung: Angelika Dierkes

Schwerpunktthema mit Hintergrund

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des DIW Berlin zu einem aktuellen Thema und ergänzendes Material zum besseren Verständnis

Arbeitslosigkeit

Von Peter Haan, Arne Uhlenдорff, Katharina Wrohlich

Die Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter des DIW Berlin, die sich u.a. mit Arbeitsmarktforschung beschäftigen.

1. Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland

Einmal im Monat werden von der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg die Zahlen zur Arbeitslosigkeit präsentiert: Im Januar 2005 waren 5.037.000 Personen arbeitslos. Was bedeutet überhaupt „arbeitslos“ bzw. wann wird eine Person als arbeitslos gezählt? Arbeitslos sind alle Personen, die sich bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitssuchend melden und die zur Zeit keine Beschäftigung haben. Personen, die Arbeit suchen, ohne sich beim Arbeitsamt gemeldet zu haben, erscheinen demnach nicht in den offiziellen Statistiken, ebenso wenig Schüler oder Schulabgänger, die eine Ausbildungsstelle suchen. Arbeitslosigkeit war in Deutschland nicht immer ein Problem. In den 60er Jahren und zu Beginn der 70er Jahre herrschte sogar Vollbeschäftigung. Seit den 70er Jahren jedoch ist die Arbeitslosigkeit stetig gestiegen.

Im Januar 2005 war in Deutschland bei einer Arbeitslosenquote von 12 % etwa jede achte Erwerbsperson arbeitslos. Die Arbeitslosenquote ist eine Maßzahl, die die Anzahl der Ar-

beitslosen zur Anzahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) in Relation setzt:

$$\frac{\text{Arbeitslose}}{\text{Erwerbstätige} + \text{Arbeitslose}} \cdot 100$$

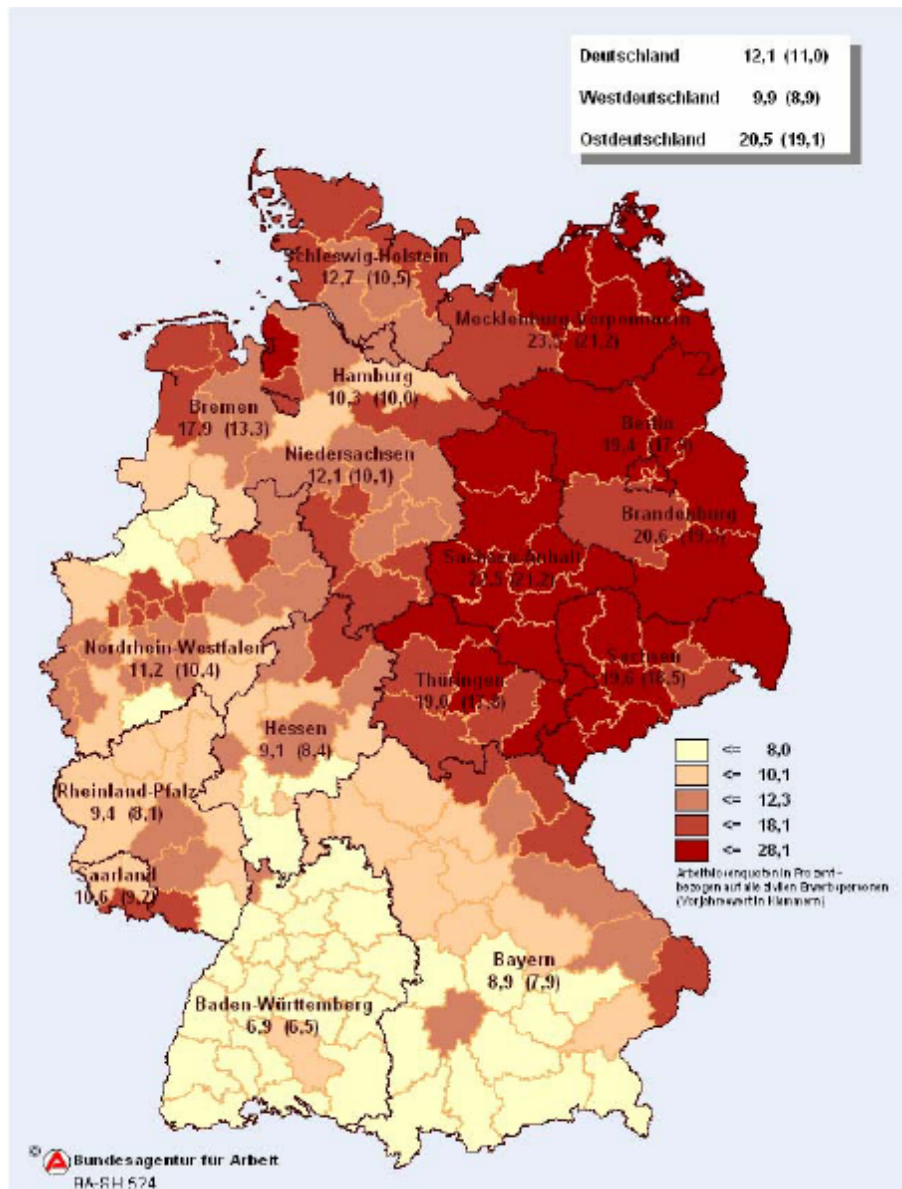
Die Arbeitslosenquote ist in vielen Zusammenhängen aussagekräftiger als absolute Zahlen, insbesondere wenn man zwischen verschiedenen Personengruppen das Risiko, arbeitslos zu werden, vergleichen will. Aus diesem Grund werden z.B. in den Abbildungen 1 und 2 die Arbeitslosenquoten - und nicht die absolute Zahl der Arbeitslosen - ausgewiesen.

2. Wer ist von Arbeitslosigkeit betroffen?

Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist nicht für alle Personen gleich. Am stärksten beeinflussen Ausbildung, Alter, Nationalität, Geschlecht und Wohnort dieses Risiko.

In der Karte in Abbildung 1 wird deutlich, wie stark das Risiko der Arbeitslosigkeit zwischen den Regionen Deutschlands variiert.

Abbildung 1: Arbeitslosenquote in Deutschland, Januar 2005



Während in Baden-Württemberg die Arbeitslosenquote unter 7 Prozent liegt, liegt sie in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns bei über 20 Prozent. Personen in Mecklenburg-Vorpommern haben ein dreimal so hohes Risiko, arbeitslos zu werden, wie Personen, die in Baden-Württemberg wohnen. Man sieht in der Grafik sehr deutlich, dass Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ein viel größeres

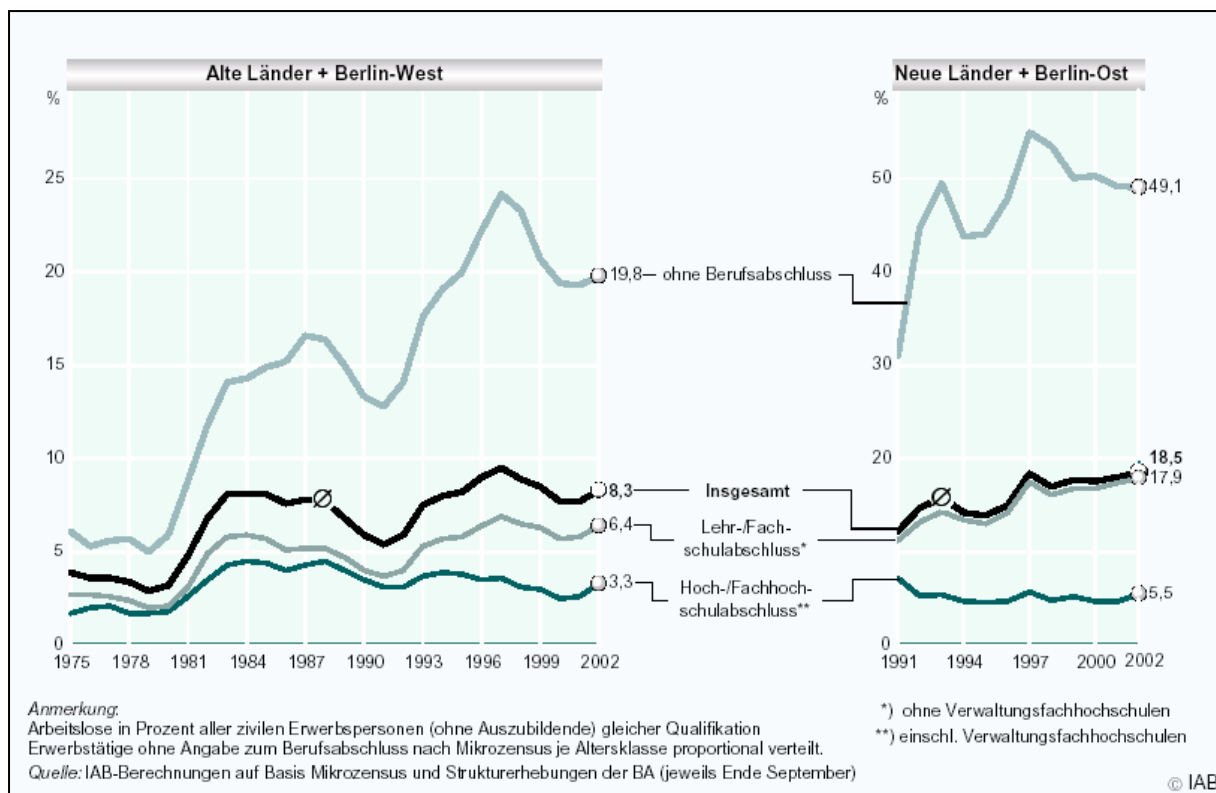
Problem ist.

Auch die Staatsbürgerschaft beeinflusst das Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden: Die Arbeitslosenquote unter Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft liegt bei fast 20 Prozent und ist damit doppelt so hoch wie die durchschnittliche Arbeitslosenquote aller in Deutschland lebenden Personen zusammen. Dies lässt sich vor allem dadurch

begründen, dass Immigranten im Durchschnitt weniger gut ausgebildet sind als Deutsche. Wie stark das Ausbildungsniveau das Risiko von Arbeitslosigkeit beeinflusst hat, zeigt Abbildung 2. In Westdeutschland lag die Arbeitslosenquote von Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss im Jahr 2002 nur bei 3,3 Prozent und stieg insgesamt seit den 70er Jahren nie über 5 Prozent. Hingegen ist die Arbeitslosenquote von Personen ohne Berufsabschluss von knapp über 5 Prozent 1975 auf fast 20 Prozent im Jahr 2002 angestiegen. In den neuen Bundesländern ist diese Personen-Gruppe jedoch noch viel stärker von Arbeitslosigkeit betroffen: Eine Arbeitslosenquote von

49,1 Prozent bedeutet, dass jede zweite Person in den neuen Bundesländern ohne Berufsabschluss arbeitslos ist. Hier wird erkennbar, wie wichtig Ausbildung und Qualifikationen sind, um eine Arbeit zu finden. Die genannten Risikogruppen sind auch in besonderem Maße von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Eine Person wird dann als langzeitarbeitslos bezeichnet, wenn sie zu einem bestimmten Stichtag länger als ein Jahr arbeitslos war. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen lag im Jahr 2003 bei rund 35 Prozent, wobei in den neuen Bundesländern dieser Anteil mit 40 Prozent höher ist als in den alten Bundesländern.

Abbildung 2: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten 1975 bis 2002



3. Warum gibt es Arbeitslosigkeit?

Es gibt viele Meinungen und Argumente dafür, warum die Arbeitslosigkeit in Deutschland so hoch ist. Wie wir im Folgenden zeigen, gibt es keine eindeutige Antwort auf die Frage nach den Ursachen für Arbeitslosigkeit. Letztendlich basieren alle Argumente auf bestimmten Annahmen über wirtschaftliche Zusammenhänge. Generell wird in der Diskussion zwischen Ursachen auf der Angebots- und auf der

günstiger herstellen. Ein Arbeitnehmer in einem Land wie China verdient sehr viel weniger als ein Arbeitnehmer in Deutschland. Die Produkte, die in China hergestellt werden, können dann günstiger angeboten werden als die gleichen Produkte aus Deutschland, weshalb sich eine Produktion in Deutschland nicht mehr lohnt. Oft wird argumentiert, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Vergleich zu den USA oder Großbritannien zum Teil deswegen besonders stark gestiegen ist, da in



Karikatur: Heiko Sakurai

Nachfrageseite unterschieden. Das zentrale Problem auf der Seite der Arbeitsnachfrage ist, dass Unternehmen zu wenige Jobs anbieten, d.h. sie fragen zu wenige Arbeitskräfte nach. Ein Grund dafür ist, dass durch den technischen Fortschritt und die zunehmenden Möglichkeiten, Produktionsstätten in andere Länder zu verlagern, besonders die Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit in allen Industrieländern gesunken ist. Unternehmen können einfache Produkte in anderen Ländern

Deutschland durch die Tarifpolitik der Gewerkschaften eine Lohnsenkung für niedrig qualifizierte verhindert wurde. Dadurch wurden die gering qualifizierten Personen, also Personen ohne Schul- oder Ausbildungsabschluss, immer mehr vom Arbeitsmarkt verdrängt. Auf der anderen Seite wird als Grund für die geringe Arbeitsnachfrage häufig eine zu niedrige Kaufkraft der Konsumenten genannt. Die Kaufkraft beschreibt, wie viele Waren Konsumenten mit ihrem Einkommen kaufen können.

Eine Erhöhung der Kaufkraft, so das Argument, führt zu mehr Beschäftigung, da für eine höhere Güterproduktion durch den gestiegenen Konsum mehr Arbeiter benötigt werden.

Die Ursachen für Arbeitslosigkeit auf der Arbeitsangebotseite des Arbeitsmarktes werden oft mit Anreizproblemen für Arbeitnehmer erklärt. Ihr Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen, also Arbeit auf dem Arbeitsmarkt anzubieten, hängt einerseits davon ab, wie viel Geld man dadurch verdienen kann, andererseits aber auch davon, wie viel Geld man auch ohne Arbeit bekommt. Entscheidend ist also die Differenz zwischen dem monatlichen Arbeitseinkommen und dem Einkommen aus Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe. Verdient also jemand wenig Geld, ist der Unterschied zum Einkommen aus Sozialhilfe gering. Daher hat diese Person – so das Argument – keinen Anreiz zu arbeiten. So kann auch erklärt werden, warum die gering Qualifizierten besonders häufig arbeitslos sind: Sie erzielen ein sehr niedriges Einkommen am Arbeitsmarkt, kaum mehr als die Unterstützung vom Staat.

4. Was kann man gegen Arbeitslosigkeit tun?

Die Bundesregierung hat eine Reihe von Reformen auf den Weg gebracht, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Die meisten dieser Reformen wurden unter dem Stichwort „Hartz-Gesetze“ bekannt, da sie eine Kommission unter Leitung des VW-Managers Peter Hartz vorgeschlagen hat. Die Maßnahmen dieser Reformen setzen zum Großteil auf der Arbeitsangebotsseite an. Einerseits wird durch Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnah-

men versucht, die Chancen von gering Qualifizierten am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Zum Beispiel bieten die Arbeitsagenturen arbeitslosen Personen kostenlose Computerkurse an. Gleichzeitig sollen die Anreize, eine Arbeit aufzunehmen, erhöht werden. Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist beispielsweise eine Maßnahme, die in diese Richtung geht. Personen, die vor der Reform bis zu zwei Jahre Arbeitslosengeld beziehen konnten, bekommen nun nur noch ein Jahr lang diese Transferzahlung. Die Idee ist, dass sie dadurch schneller einen neuen Job suchen. Eine weitere Maßnahme, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit attraktiver machen soll, sind die „Minijobs“ (siehe Kasten auf der nächsten Seite).

Als nachfrageseitige Maßnahme zur Senkung der Arbeitslosigkeit kann die Steuerreform 2000 gesehen werden, die im Januar 2005 vollständig umgesetzt wurde. Im Rahmen dieser Reform wurden die Steuersätze gesenkt, so dass sich das Nettoeinkommen für alle Steuerzahler erhöht. Dies führt zu einer Ausweitung der Kaufkraft, das heißt die Haushalte haben mehr Geld zur Verfügung und geben dies für Konsum aus. Dadurch können die Unternehmen mehr produzieren und fragen daher mehr Arbeitskräfte nach.

Inwieweit all diese Maßnahmen der Bundesregierung die Arbeitslosigkeit senken können, bleibt eine offene Frage. Sicher ist jedoch, dass die Reformen nicht genügen, um das ehrgeizige Ziel zu erreichen, die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren zu halbieren. Wir erwarten, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland für bestimmte Personengruppen ein langfristiges Problem bleiben wird.

Minijobs

Bei den sogenannten Minijobs, bei denen ein monatliches Einkommen von bis zu 400 Euro erzielt werden kann, muss der Arbeitnehmer keine Beiträge zur Sozialversicherung bezahlen, was zu einem höheren Nettoeinkommen führt. Haben die Minijobs zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit geführt? Bis jetzt nicht in großem Umfang. Der Grund liegt darin, dass das Anreizproblem durch die Minijobs nicht wirklich gelöst wurde. Zwar profitieren „Minijobber“ allgemein von dieser Regelung, da sie keine Beiträge an die Sozialversicherung bezahlen müssen. All jenen Personen, die Sozialhilfe beziehen, wird aber beinahe im gleichem Umfang, in dem ihr Einkommen durch die Aufnahme des Minijobs steigt, die Sozialhilfe gekürzt (siehe Abbildung 3). Diese Personen haben am Ende des Monats also

nicht mehr Geld in der Tasche, als wenn sie gar nicht arbeiten würden. Auch für Personen, die Arbeitslosengeld beziehen, ist die Aufnahme eines Minijobs nicht unbedingt lohnend: Bezieher von Arbeitslosengeld dürfen Einkommen bis 165 Euro pro Monat dazuverdienen, solange sie nicht mehr als 15 Stunden pro Woche arbeiten. Für Einkommen, das darüber hinausgeht, wird im gleichen Maße das Arbeitslosengeld gekürzt. Außerdem sind Arbeitslose, die einem Minijob nachgehen, nach wie vor beim Arbeitsamt als arbeitssuchend und damit als arbeitslos gemeldet. Die Minijob-Reform hat vor allem für Schüler, Studenten und Rentner geringfügige Beschäftigung attraktiver gemacht, aber sie hat nicht zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit geführt.

Arbeitsmarktqualen



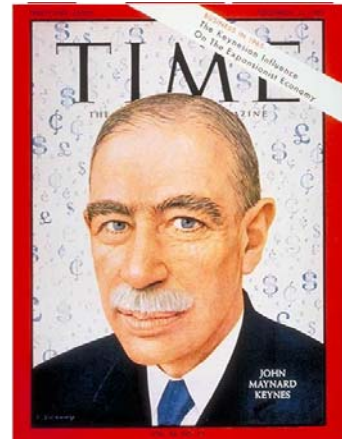
Karikatur: Götz Wiedenroth

Technischer Fortschritt und technologische Arbeitslosigkeit

Von John Maynard Keynes

(<http://www.keynes-gesellschaft.de/>)

Keynes war einer der bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Mit seiner "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" von 1936 lieferte er eine wegweisende Begründung für eine aktive, die Nachfrage stützende Politik des Staates in wirtschaftlichen Krisen. Er spielte nicht nur als Theoretiker, sondern auch als Politikberater eine wichtige Rolle. Die Aussicht, langfristig werde sich schon alles von allein (mit Hilfe der Marktkräfte) regeln, ist nach Keynes kein Trost und kein Ersatz für eine aktive Wirtschaftspolitik: "In the long run we are all dead". In seinem Aufsatz "Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder" von 1930 wirft er dennoch einen Blick in die etwas weitere Zukunft, und das ist natürlich gewagt. Technologische Arbeitslosigkeit ist jedenfalls heute noch so aktuell wie vor 75 Jahren.



Wir leiden gerade unter einem bösen Anfall von wirtschaftlichem Pessimismus. Sehr häufig hört man die Leute sagen, dass die Zeit außerordentlichen wirtschaftlichen Fortschritts, die das neunzehnte Jahrhundert kennzeichnete, vorüber sei; dass die schnelle Verbesserung des Lebensstandards sich verlangsamen würde, wenigstens in Großbritannien, und dass ein Rückgang des Wohlstands in dem vor uns liegenden Jahrzehnt wahrscheinlicher sei als eine Verbesserung.

Ich glaube, dass dies eine höchst irrtümliche Deutung dessen ist, was uns widerfährt. Wir leiden nicht unter dem Rheumatismus des Alters, sondern unter den Wachstumsschmerzen überschneller Veränderung, unter der Schmerzhaftigkeit des Übergangs von einer Phase der wirtschaftlichen Entwicklung zu einer anderen. (...)

Technische Verbesserungen in den produzierenden Gewerben und im Verkehrswesen haben sich in den letzten zehn Jahren mit einer größeren Geschwindigkeit entwickelt als je zuvor in der Geschichte. In den Vereinigten

Staaten war die Pro-Kopf-Erzeugung in den Fabriken 1925 um 40% größer als im Jahre 1919. (...) In ganz wenigen Jahren - und damit meine ich: noch zu unseren Lebzeiten - werden wir imstande sein, alle Tätigkeiten in Landwirtschaft, Bergbau und produzierendem Gewerbe mit einem Viertel des bisher gewohnten Einsatzes von Arbeitskraft auszuführen.

Im Augenblick schädigt uns gerade die Geschwindigkeit dieser Veränderungen und stellt uns schwierige Aufgaben, die gelöst werden müssen. (...) Wir sind von einer Krankheit befallen, deren Namen einige der Leser noch nicht gehört haben mögen, von der sie aber in den nächsten Jahren noch recht viel hören werden, nämlich *technologischer Arbeitslosigkeit*. Das bedeutet Arbeitslosigkeit aufgrund der Entdeckung von Mitteln zur Einsparung von Arbeit, die schneller voranschreitet als unsere Fähigkeit, neue Verwendung für Arbeit zu finden. Das ist aber nur ein vorübergehender Zustand von Anpassungsproblemen.

(1930)

Forschung im Original

Originalbeitrag aus den Wochenberichten des DIW Berlin mit zusätzlichen Erläuterungen

Dauer der Arbeitszeiten

Von Karl Brenke

Der Autor ist wissenschaftlicher Referent des Präsidenten des DIW Berlin. Dieser Text erschien zuerst im DIW Wochenbericht 47/2004. Er wurde für DIW@school gekürzt und nur unwesentlich verändert.

1. Zusammenfassung

In Deutschland wird länger gearbeitet, als in der Öffentlichkeit häufig angenommen wird. Auswertungen der Daten des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit **Infratest Sozialforschung** erhobenen **Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)** zeigen, dass insbesondere vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in einer üblichen Arbeitswoche im Schnitt erheblich länger arbeiten, als vertraglich vereinbart ist. Weit mehr als die Hälfte der **Vollzeitbeschäftigten** leistet Überstunden. Nur zum Teil wird die **Mehrarbeit** durch Freizeit oder Überstundenzahlungen ausgeglichen. Jene Arbeitnehmer, deren Arbeitszeit vertraglich geregelt ist – vereinbart sind 38,4 Stunden pro Woche, arbeiten ohne Überstundenausgleich 39,5 Stunden. Dabei zeigt sich, dass die beruflichen Anforderungen umso höher sind, je mehr Überstunden geleistet und je mehr Überstunden nicht durch Freizeit oder Lohn entgolten werden. Zudem gibt es einen kleinen Teil von Vollzeitarbeitnehmern ohne vertraglich festgelegte Arbeitszeit; sie arbeiten weit mehr als der Durchschnitt – etwa 50 Stunden pro Woche. Bei **Teilzeit-** und **geringfügig Beschäftigten** weicht die geleistete ebenfalls von der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit ab. Die Abweichung ist aber nicht so groß wie bei den Vollzeitbeschäftigten.

Auch hinsichtlich der Jahresarbeitszeit gibt es Hinweise darauf, dass die Beschäftigten mehr arbeiten als vertraglich festgelegt. Zudem lässt sich feststellen, dass Deutschland bei einigen Komponenten der Jahresarbeitszeit im internationalen Vergleich nicht so schlecht dasteht, wie mitunter behauptet wird.

Infratest Sozialforschung

Unabhängiges Institut für empirische Sozialforschung, das Daten zur Arbeit, Bildung, Familie, Einkommen, Politik, Parteien, Staat und zu den Bürgern erhebt.

SOEP

Das SOEP ist eine seit 1984 laufende jährliche Wiederholungsbefragung von Deutschen, Ausländern und Zuwanderern in den alten und neuen Bundesländern. Die Stichprobe umfasste im Erhebungsjahr 2003 mehr als 12000 Haushalte mit fast 24000 Personen.

Mit Hilfe des SOEP können die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen wie hier in Bezug auf Beschäftigung und Arbeitszeiten beobachtet und analysiert werden.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer arbeiten in Deutschland 39,5 Stunden pro Woche. Arbeitet jemand mehr als 39,5 Stunden, wird die geleistete **Mehrarbeit** vom Arbeitgeber durch Freizeit oder Überstundenzahlungen ausgeglichen.

Ein Arbeitnehmer übt eine **Teilzeitbeschäftigung** aus, wenn seine wöchentlich vereinbarte Arbeitszeit weniger als 39,5 Stunden beträgt.

Die Länge der Arbeitszeiten ist hierzulande ein ständiges Thema der politischen Debatte, das immer wieder einmal in den Mittelpunkt rückt. Die Gewerkschaften erhoffen sich von einer Verkürzung der Arbeitszeiten die **Schaffung zusätzlicher Stellen**, und die Arbeitgeberseite fürchtet bei kürzeren Arbeitszeiten eine **Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit** und somit auch den Verlust von Arbeitsplätzen. Mit der vorliegenden Analyse kann diese Kontroverse nicht gelöst werden; vielmehr geht es hier um die Vermittlung von Hintergrundinformationen über die Arbeitszeiten in Deutschland. Denn zurzeit ist wieder einmal die Arbeitszeitdebatte aufgeflammt, wobei einige der dabei erhobenen Forderungen den Eindruck erwecken, dass die Realität in den Betrieben zu wenig bekannt ist.

2. Wochenarbeitszeit

Dieser Untersuchungsschritt stützt sich vor allem auf die Daten der Erhebungswelle 2003 des SOEP. Erfragt wurden sowohl die vertraglich vereinbarten Arbeitszeiten als auch die üblicherweise pro Woche tatsächlich geleistete Zeit. Aus der Differenz lässt sich die Zahl der Überstunden ermitteln. Zudem wurde erfasst, ob die Überstunden durch Lohn oder durch Freizeit entgolten werden oder ob beides nicht der Fall ist. Aus der Betrachtung ausgeklammert wurden die Auszubildenden.

Von allen Arbeitnehmern kommen in einer üblichen Arbeitswoche lediglich 40 % genau auf die in ihrem Arbeitsvertrag vorgesehene Arbeitszeit. Ein kleiner Teil arbeitet weniger als vertraglich vereinbart, reichlich die Hälfte dagegen mehr. Etwa jeder Fünfte kommt in der Woche auf mehr als fünf Überstunden.

Vor allem bei den Vollzeitbeschäftigten fallen Überstunden an. Im Schnitt liegt die tatsächlich geleistete übliche Wochenarbeitszeit um vier Stunden oder reichlich 10 % über der vertraglich vereinbarten Zeit von 38,4 Stunden (Tabelle 1). Fast zwei Drittel der Vollzeitbeschäftigten leisten üblicherweise Überstunden; ein Viertel kommt auf mehr als fünf Stunden und jeder Zehnte sogar auf mehr als zehn Stunden Mehrarbeit. Das ist durchaus als eine erhebliche betriebliche **Flexibilität** zu werten. Die wöchentliche Mehrarbeit ist unter den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern indes ungleich verteilt: Sie ist umso höher, je größer die geforderte Qualifikation für die berufliche Tätigkeit ist. So leisten Führungskräfte mit vertrag-

Geringfügig Beschäftigte

Ein Arbeitnehmer übt eine geringfügige Beschäftigung aus, wenn sein monatlicher Verdienst aus dieser Beschäftigung regelmäßig 400 Euro nicht übersteigt.

Gewerkschaften gehen davon aus, dass Arbeitgeber durch Arbeitszeitverkürzungen mehr Personal benötigen, um die gleiche Arbeit zu schaffen. Deshalb werden sie **zusätzliche Stellen** schaffen und neue Arbeitnehmer einstellen.

Arbeitgeber dagegen gehen meist davon aus, dass sie aus Kostengründen keine neuen Stellen schaffen können und fürchten eher, dass das Personal bei weniger Arbeitsstunden die Arbeit nicht mehr schafft. Das Unternehmen wäre somit im **Wettbewerb** mit Unternehmen aus anderen Ländern schlechter gestellt.

Flexibilität bedeutet in der Wirtschaft die Fähigkeit, sich auf geänderte Anforderungen und Gegebenheiten seiner Umwelt einstellen zu können. Ist ein Unternehmen flexibel, kann es z.B. schnell auf Schwankungen der Nachfrage reagieren, indem es bei weniger Nachfrage nach seinen Produkten weniger und bei höherer Nachfrage mehr produziert.

lich festgeschriebenen Arbeitszeiten knapp zehn Überstunden pro Woche; bei der Gruppe der un- und angelernten Arbeiter, den Angestellten ohne Berufsausbildung und den Beamten im einfachen Dienst sind es dagegen nur 2,6 Stunden. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei den Teilzeit- und den geringfügig Beschäftigten, wenngleich für einige Tätigkeiten wegen zu geringer Fallzahlen kein statistisch aussagekräftiger Nachweis erbracht werden kann.

Dass Beschäftigte mit anspruchsvollen Tätigkeiten vergleichsweise lange arbeiten, könnte daran liegen, dass sie sich stärker als die unteren Einkommensgruppen mit ihrer Arbeit identifizieren und die längeren Arbeitszeiten – zu Recht – als eine Investition in ihr **Humankapital** ansehen.¹ Tatsächlich ist die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit in den oberen Qualifikationsgruppen größer als in den unteren. Allerdings gibt es keinen **signifikanten** Zusammenhang zwischen der Länge der Arbeitszeit und der Arbeitszufriedenheit – weder bei allen Arbeitnehmern, den Vollzeitbeschäftigten und den Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten noch bei den Arbeitnehmern mit besonders anspruchsvoller Tätigkeit. Letzteres könnte auf einen Fachkräftemangel hinweisen. Darauf deutet auch hin, dass sich insbesondere von den Höherqualifizierten ein erheblicher Teil kürzere Arbeitszeiten wünscht – auch bei weniger Lohn.

Humankapital wird in der Volkswirtschaftslehre (VWL) definiert als die Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie das Wissen, das in Personen verkörpert ist und das durch Ausbildung, Weiterbildung und Erfahrung erworben werden kann.

Signifikanz

Als signifikant bezeichnen Statistiker Ergebnisse, bei denen es unwahrscheinlich ist, dass Sie durch Zufall zustande kamen.

3. Ausgleich der Überstunden

Knapp die Hälfte der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer tauscht ihre Überstunden gegen Freizeit ein (Abbildung 1 im Anhang). Nicht wenige teilen ihre Überstunden auf beides auf und nehmen sowohl einen Freizeitausgleich als auch eine finanzielle Entlohnung in Anspruch. Nur eine Minderheit leistet Mehrarbeit ausschließlich gegen Entlohnung. Bei einem Fünftel wird sie überhaupt nicht abgegolten. Letztere leisten allerdings in weit überdurchschnittlichem Maße Überstunden, so dass auf sie immerhin rund 30 % aller Mehrarbeit entfallen.

Auch hier zeigt sich eine starke Abhängigkeit von den beruflichen Anforderungen: Je höher die Qualifikation ist, desto mehr werden Überstunden ohne finanziellen oder Freizeitausgleich geleistet. So kommen Vollzeitarbeitnehmer mit einfachen Tätigkeiten lediglich auf 0,3 nicht entgeltete Überstunden (bei Berücksichtigung der in dieser Gruppe nicht selten verbreiteten **Minderarbeit**), und bei

Minderarbeit bedeutet, dass die tatsächlich geleistete Arbeitszeit geringer ausfiel als dies im Tarif- oder Arbeitsvertrag vorgesehen ist.

den entsprechenden Teilzeitbeschäftigten sind es gerade einmal 0,1 Stunden. Auf der anderen Seite der Skala stehen die Führungskräfte, die im Schnitt fast sieben Überstunden ohne Ausgleich leisten.

Für einen internationalen Vergleich der Wochenarbeitszeiten gibt es verschiedene Datenzusammenstellungen. Alle weisen jedoch Probleme auf. Am tauglichsten ist wohl noch die EU-Arbeitskräfteerhebung, die auf nationalen Umfragen beruht; in Deutschland ist es der **Mikrozensus**. Allerdings liefern dessen Daten keine Informationen darüber, ob Überstunden entgolten werden oder nicht. Nach dem Mikrozensus 2003 beläuft sich die üblicherweise geleistete Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland auf 41 Stunden. Das ist weniger, als sich auf Basis des SOEP ergibt (42,4 Stunden). Über die Gründe für die Differenz lässt sich nur spekulieren; allerdings spricht einiges dafür, dass die Daten des SOEP zuverlässiger sind.

Mit den ermittelten 41 Stunden liegt Deutschland im Mittelfeld jener 15 Länder, die bis zur jüngsten EU-Erweiterung die Gemeinschaft bildeten (Abbildung 2 im Anhang). Lediglich in Griechenland und im Vereinigten Königreich wurde weit mehr gearbeitet. In der erweiterten EU (EU-25) ist Deutschland ins untere Drittel gerutscht, weil in den meisten **Beitrittsländern** länger gearbeitet wird. Groß sind die Unterschiede aber nicht: Im Vergleich zu dem Land mit den längsten Wochenarbeitszeiten (Griechenland) fallen in Deutschland 3,4 Stunden weniger an (-8 %). Größere Unterschiede gibt es dagegen bei der Teilzeitbeschäftigung. Während in der gesamten EU von den Teilzeitbeschäftigten im Schnitt knapp 20 Stunden geleistet werden, liegt hier Deutschland mit 17,6 Stunden etwas vor Irland am unteren Ende der Skala. Das hat vor allem mit dem hierzulande hohen Anteil geringfügig Beschäftigter zu tun.

3. Jahresarbeitszeit

Nicht nur die Wochenarbeitszeiten stehen bei der Debatte um die Länge der Arbeitszeit in der Kritik, sondern auch die Jahresarbeitszeiten. So ist eine Diskussion dadurch ausgelöst worden, dass die Verschiebung eines Feiertages auf den Sonntag vorgeschlagen wurde. Aber schon seit langem wird immer wieder bemängelt, dass die Jahresarbeitszeit in Deutschland zu gering sei. Bei der Ermittlung der **Jahresarbeitszeit** sind neben der Wochenarbeitszeit weitere Faktoren zu berücksichtigen, die die Arbeitszeit mindern.

Im **Mikrozensus** werden Daten über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt erhoben. Jährlich wird 1% aller Haushalte in Deutschland befragt. Es nehmen rund 370 000 Haushalte mit 820 000 Personen am Mikrozensus teil.

Beitrittsländer

Am 1. Mai 2004 traten die Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Malta sowie der griechische Südtteil der Insel Zypern der Europäischen Union bei.

Als **Jahresarbeitszeit** bezeichnet man die Summe aller im Jahr geleisteten Arbeitsstunden eines Arbeitnehmers.

Im Folgenden soll auf einige eingegangen werden. Der wichtigste Faktor ist die Zahl der Urlaubstage. Im internationalen Vergleich des tarifvertraglichen Urlaubs in der EU-15 liegt Deutschland mit 28 bis 30 Tagen hinter Dänemark (generell 30 Tage) an der Spitze. In nahezu allen Ländern gibt es eine Spannweite der Urlaubsansprüche, und bei der Mehrzahl reicht sie wie im Falle Deutschlands bis zu sechs Wochen. Zur Bewertung der urlaubsbedingten Arbeitsausfälle müsste deshalb die **effektive Urlaubszeit** bekannt sein. Darüber gibt es aber keine Informationen für einen internationalen Vergleich. Bei einer Untersuchung für Deutschland anhand von Daten des SOEP für 1999 wurde ermittelt, dass sich der tatsächliche Urlaubsanspruch aller Arbeitnehmer auf 28 Tage beläuft, von denen allerdings nur 26 Tage in Anspruch genommen wurden; insbesondere Höherqualifizierte haben den vereinbarten Urlaub nicht ausgeschöpft. In einer Wiederholung dieser Fragen in einer kleinen Internetstichprobe für das Jahr 2004 wird dieses Ergebnis bestätigt. Das belegt, dass die tarifvertraglichen Urlaubszeiten kein geeigneter Maßstab sind.

Bei den gesetzlichen Feiertagen gibt es in Deutschland eine so breite regionale Streuung wie in keinem anderen Land der EU-15. Insgesamt hat Deutschland 15 verschiedene bundesweite oder landesspezifische Feiertage; die meisten hat Bayern (14). Einige protestantische Bundesländer im Norden kommen dagegen nur auf neun Feiertage. Gewichtet mit der Zahl der Arbeitnehmer in den einzelnen Bundesländern ergeben sich bundesweit 10,9 Feiertage. Damit liegt Deutschland unter dem Durchschnitt der EU-15 und deutlich hinter katholisch geprägten Staaten wie Spanien oder Portugal, bei denen die tarifvertraglich geregelte Urlaubszeit vergleichsweise gering ist. Zu untersuchen wäre noch, wie viele Feiertage in den einzelnen Ländern fest an einen Wochentag gebunden sind, der ein Werktag ist, und wie viele Feiertage einem bestimmten Kalendertag zugeordnet sind, da diese Feiertage auf ein Wochenende fallen können. Letzteres ist in diesem Jahr in Deutschland in starkem Maße der Fall. Zudem wäre die Praxis in manchen Ländern zu berücksichtigen, dass dann, wenn manche Feiertage auf einen Sonntag fallen, der darauf folgende Montag arbeitsfrei ist. So fallen in Deutschland in diesem Jahr fünf bis acht Feiertage auf einen Wochentag; im Vereinigten Königreich, einem Staat mit weniger Feiertagen, gibt es feiertagsbedingt generell acht bis zehn arbeitsfreie Wochentage.

Gemindert wird die Arbeitszeit auch durch krankheitsbedingte Aus-

Als **effektive Urlaubszeit** wird der tatsächlich in Anspruch genommene Urlaub innerhalb eines Jahres bezeichnet.

falltage. In Deutschland wird der Krankenstand der **Pflichtmitglieder in einer gesetzlichen Krankenversicherung** erfasst. Nach den aktuell verfügbaren Daten ist deren Krankenstand auf einem historischen Tiefstand angelangt – obwohl das Durchschnittsalter der Arbeitnehmer zugenommen hat. Dabei haben sich die Anfang der 90er Jahre noch unterschiedlichen Krankenstände in den alten und neuen Bundesländern angeglichen. Zudem zeigt die längerfristige Entwicklung für Westdeutschland, dass der Krankenstand stark mit der Arbeitslosigkeit korreliert – und zwar in der Weise, dass der Krankenstand bei steigender Arbeitslosigkeit sinkt und bei sinkender Arbeitslosigkeit steigt. Bei angespannter Beschäftigungslage vermeiden die Arbeitnehmer offenbar Krankmeldungen.

Aktuelle international vergleichende Informationen über krankheitsbedingte Arbeitsausfälle gibt es kaum – was insbesondere daran liegt, dass sich die nationalen Messkonzepte stark voneinander unterscheiden. Für die Länder der EU-15 wurde für das Jahr 2000 anhand von Umfragen ermittelt, dass sich in den südeuropäischen Ländern ein geringerer Teil der Arbeitskräfte im Laufe des Jahres krankgemeldet hat als in den nord- und mitteleuropäischen Ländern. Dabei dürften die Klimabedingungen eine Rolle spielen. Der Anteil der Personen mit krankheitsbedingten Ausfalltagen sagt allerdings nichts über das Ausmaß der Arbeitsausfälle aus.

Arbeitszeiten können des Weiteren durch **Streiks** verloren gehen. Nach den Angaben des Europäischen Statistischen Amtes entfielen 2002 auf 1 000 Arbeitnehmer in Deutschland zehn Streiktage. In den beiden Jahren zuvor war es jeweils lediglich knapp ein Tag. Damit zählt Deutschland zu dem Drittel der Länder in der EU mit den wenigsten Streiktagen. Sehr viel häufiger gestreikt wird in Spanien (von 2000 bis 2002 insgesamt 489 Streiktage je 1 000 Arbeitnehmer) und Italien (433).

4. Fazit

Die Analyse der Wochenarbeitszeit in Deutschland hat erhebliche Abweichungen der tatsächlich erbrachten von den vertraglich vereinbarten Stunden gezeigt. Insbesondere die höher qualifizierten Arbeitnehmer leisten in erheblichem Maße Mehrarbeit, von der ein großer Teil weder durch Freizeit noch durch Lohnausgleich entgolten wird. Deshalb sollte bei der aktuellen Debatte um die Dauer der Wochenarbeitszeiten bedacht werden, dass ein durchaus beachtli-

Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung sind Personen, die mit ihrem Jahresverdienst eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschreiten. Diese Grenze wird vom Bundesministerium für Gesundheit festgelegt.

Streik

Ein Streik ist eine kollektive Arbeitsniederlegung bzw. Arbeitsverweigerung der Arbeitnehmer, um bestimmten Forderungen wie z.B. Lohnerhöhungen Nachdruck zu verleihen. Arbeitgeber können mit Aussperrung antworten.

cher Teil der Arbeitnehmer bereits ein hohes Maß an Flexibilität zeigt. Hierbei bestehen deutliche Differenzen mit Blick auf die Qualifikation. Vermutlich – wenn auch hier nicht untersucht – wird es auch Unterschiede zwischen einzelnen Branchen und innerhalb von Branchen zwischen einzelnen Betrieben geben. In Deutschland arbeiten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer mit geregelter Arbeitszeit ohne Überstundenausgleich 39,5 Stunden in der Woche. Mit Blick auf die Arbeitnehmerschaft als Ganzes sind daher mitunter erhobene Forderungen nach einer Rückkehr zur 40-Stunden-Woche wenig überzeugend.

Welche Position der Standort Deutschland hinsichtlich der Länge der Arbeitszeiten im internationalen Vergleich hat, lässt sich wegen fehlender Informationen nicht eindeutig beurteilen. Soweit überprüfbar, liegt Deutschland bei der Zahl der geleisteten Wochenstunden im Mittelfeld der Staaten der EU-15; in der erweiterten EU hat sich die Position ins untere Drittel verschoben. Allerdings ist die Spannweite bei der Länge der Wochenarbeitszeit in der EU-25 nicht sehr groß. Die hier vorgestellte Auswertung auf Basis des SOEP zeigt ein noch günstigeres Bild. Auch bei den gesetzlichen Feiertagen besteht kein Nachteil. Ein Standortvorteil sind ohne Zweifel die geringen Arbeitsausfälle infolge von Streiks. Unklar ist die Position hinsichtlich der tatsächlich in Anspruch genommenen Urlaubstage. In Deutschland nehmen die Beschäftigten weniger Urlaub als ihnen zusteht. Die effektiven Urlaubstage in anderen Ländern sind nicht bekannt. Unklar ist ebenfalls das Ausmaß der krankheitsbedingten Ausfalltage im internationalen Vergleich. Feststellen lässt sich lediglich, dass der Krankenstand in Deutschland angesichts der hohen Arbeitslosigkeit auf einen historischen Tiefstand gesunken ist.

Solange die Informationslücken nicht mit tauglichen Daten geschlossen sind, ist es voreilig, Deutschland als „Freizeitweltmeister“ zu etikettieren. Der gegenwärtige Kenntnisstand stützt eine solche Bewertung nicht. Die aktuelle Arbeitszeitdiskussion sollte deshalb mit mehr Bedacht geführt werden.

1 Vgl. Markus Pannenberg: Long-Term Effects of Unpaid Overtime. Evidence for Germany. In: Scottish Journal of Political Economy, im Erscheinen.

2 Statistiken mit internationalen Vergleichen legt regelmäßig die OECD vor. Sie stützen sich auf sehr unterschiedliche Quellen. Zum Teil beruhen sie auf Umfrageergebnissen, mit denen zusätzliche Anpassungen anhand mitunter grober Schätzungen vorgenommen werden. Teilweise werden komplexe amtliche Rechenwerke übernommen, etwa im Falle der Bundesrepublik Deutschland die Arbeitsvolumensrechnung. Vgl. OECD: Employment Outlook. Paris 2004, S. 313 f. Wegen der meth-

odischen Unterschiede bei der Ermittlung der Arbeitszeiten für die einzelnen Länder dürfte ein Vergleich der jeweiligen Landesdaten mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sein. Noch problematischer ist es aber, dass nur die Arbeitszeiten für alle Arbeitnehmer ausgewiesen werden; dadurch ergeben sich in Ländern mit einer hohen Teilzeitquote automatisch geringere Pro-Kopf-Zeiten als in Ländern mit einer geringen Teilzeitquote. Deshalb warnt auch die OECD davor, ihre Arbeitsmarktdaten für Querschnittsvergleiche zwischen einzelnen Ländern zu verwenden. Vgl. hierzu auch Sebastian Schief: Jahresarbeitszeiten als Standortindikator. Hintergründe zur fragwürdigen Nutzung internationaler Vergleiche. In: IAT-Report, Nr. 3/2004. Des Weiteren werden von den Arbeitgeberverbänden über ausländische Partnerverbände Statistiken über internationale Arbeitszeiten zusammengestellt. Dabei handelt es sich allerdings um die tariflichen Arbeitszeiten, die – wie die Analyse gezeigt hat – ein wenig geeigneter Indikator für die tatsächlich geleistete Arbeitszeit sind.

3 Beim Sozio-oekonomischen Panel werden die Arbeitszeiten genau erfasst, beim Mikrozensus dagegen nur grob. Zudem machen im SOEP die erfassten Personen ihre Angaben selbst, während beim Mikrozensus oft eine Person für den gesamten Haushalt antwortet. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass in den hier angestellten Berechnungen die Arbeitsstunden der Auszubildenden, deren Arbeitszeit sich durch den Berufsschulbesuch verringert, ausgeklammert sind. Bei der EU-Arbeitskräfteerhebung werden sie dagegen im Falle Deutschlands und von Ländern mit einem ähnlichen Ausbildungssystem einbezogen.

4 Außer Betracht bleiben die Altersteilzeit, weil es hierzu keine hinreichend verlässlichen Daten gibt, sowie der Mutterschaftsurlaub, weil dieser nur mit erheblicher Unsicherheit zu schätzen ist. Vgl. Hans-Uwe Bach und Susanne Koch: Arbeitszeit und Arbeitsvolumen. In: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.): IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 250. Nürnberg 2002.

5 Vgl.: Urlaub in Deutschland: Erwerbstätige nutzen ihren Urlaubsanspruch oftmals nicht aus. Bearb.: Christian Sabarowski, Jürgen Schupp und Gert G. Wagner. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 15/2004. **7** Vgl. Statistisches Bundesamt: Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2003. Wiesbaden 2004.

8 David Gimeno, Fernando G. Benavides, Joan Benach und Benjamin C. Amick III: Distribution of Sickness Absence in the European Union Countries. In: Occupational and Environmental Medicine, Nr. 61/2004.

Anhang

Tabelle 1

Wochenarbeitszeit vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Jahre 2003				
In Stunden				
	Arbeitnehmer mit vertraglich geregelter Arbeitszeit			Arbeitnehmer ohne vertraglich geregelte Arbeitszeit
	Übliche Arbeitszeit	Vertraglich vereinbarte Arbeitszeit	Arbeitszeit ohne Überstunden-ausgleich	Übliche Arbeitszeit
Berufliche Stellung				
Un- und angelernte Arbeiter, Angestellte mit einfacher Tätigkeit, Beamte im einfachen Dienst	40,9	38,3	38,6	50,6
Facharbeiter, Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit, Beamte im mittleren Dienst	41,6	38,5	39,0	50,6
Meister, Werksmeister	44,8	39,6	40,6	. ¹
Beamte im gehobenen Dienst	41,9	37,7	38,9	. ¹
Hoch qualifizierte Angestellte, Beamte im höheren Dienst	45,3	38,4	41,7	48,1
Führungskräfte	49,3	39,4	46,2	51,3
Gewerkschaftsmitglied				
Mitglieder	41,2	37,9	38,3	. ¹
Nichtmitglieder	42,7	38,6	39,9	49,6
Arbeitsvertrag				
Befristet	42,3	38,6	40,0	. ¹
Nicht befristet	42,4	38,4	39,5	49,6
Arbeitsplatz in ...				
Westdeutschland	42,0	38,2	39,3	49,9
Ostdeutschland	43,5	39,3	40,4	49,6
Geschlecht				
Männer	42,4	38,8	40,0	50,6
Frauen	40,7	37,9	38,8	47,1
Insgesamt	42,4	38,4	39,5	49,8
¹ Angabe wegen zu geringer Fallzahl nicht sinnvoll.				
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel; Berechnungen des DIW Berlin.				DIW Berlin 2004

Abbildung 1

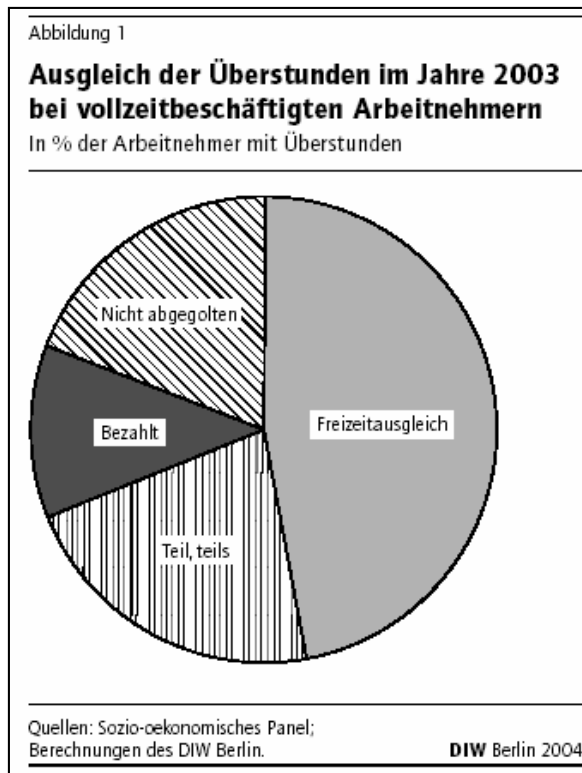


Abbildung 2

